



Konjunkturreinbruch in Deutschland

IW-Konjunkturprognose Herbst 2022

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur*

Köln, 27.09.2022

IW-Report 49/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Ansprechpartner

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter des Kooperationsclusters

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

***Autoren**

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Dr. Markus Demary

Prof. Dr. Michael Grömling

Dr. Tobias Hentze

Prof. Dr. Michael Hüther

Dr. Thomas Obst

Dr. Thilo Schaefer

Holger Schäfer

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

September 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Ein düsterer Rahmen.....	5
2 Schwache Weltkonjunktur	5
3 Energieschock bedroht Wettbewerbsfähigkeit.....	7
4 Trendwende bei der Geldpolitik	8
5 Breit angelegter Nachfrageschock	9
6 Noch hält der Arbeitsmarkt	11
7 Krieg treibt Staatshaushalt ins Defizit	12
8 Gefahr disruptiver Umkippeffekte	13
Abbildungsverzeichnis.....	15
Abstract.....	16

JEL-Klassifikation

E2 – Konsum, Sparen, Produktion, Investition, Arbeitsmarkt und informeller Sektor

E3 – Preise, Konjunkturschwankungen und -zyklen

E5 – Geldpolitik, Zentralbank, Geld- und Kreditangebot

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Finanzmärkte

Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich infolge von Angebots- und Nachfrageschocks in einer breit angelegten Rezession. Vorerst wird kein Ende der russischen Invasion in der Ukraine erwartet. Daraus ergeben sich hohe Risiken hinsichtlich einer umfassenden Energieversorgung in Deutschland und hohe Energiekosten für die gesamte Volkswirtschaft. Zudem leiden die globalen Liefernetzwerke unter den pandemiebedingten Verspannungen. Hinzu kommt die Gefahr, dass steigende Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und deren Absatzchancen zusätzlich verschlechtern. Die hohen Inflationsraten zehren an der Kaufkraft der privaten Haushalte. Angesichts der unsicheren Wirtschaftsperspektiven halten sich die Unternehmen mit ihren Investitionen zurück. Die Weltwirtschaft verliert an Schwung und dies setzt dem deutschen Exportgeschäft zu. All dies belastet die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in ihrer vollen Breite.

Vor diesem Hintergrund wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 nur noch um knapp $1\frac{1}{4}$ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Beginnend mit dem dritten Quartal 2022 wird die Wirtschaftsleistung rückläufig sein und erst im dritten Quartal 2023 ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Diese Erholung wird sich im Jahresverlauf 2023 verstärken, falls sich die vielfältigen Versorgungsprobleme allmählich zurückbilden und die damit einhergehenden negativen Preiseffekte nachlassen. Die Inflationsrate wird im Jahr 2022 bei rund 8 Prozent und auch im kommenden Jahr voraussichtlich über 5 Prozent liegen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um $1\frac{3}{4}$ Prozent erwartet. Dabei werden die realen privaten Konsumausgaben ihr Vorjahresniveau um $2\frac{1}{4}$ Prozent unterschreiten. Bei den Bauinvestitionen ist für 2022 und 2023 ein Minus zu erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen kommen nur wenig von der Stelle. Damit wird die infolge der Pandemie entstandene Investitionslücke bis zum Jahresende 2023 nicht geschlossen werden. Der Außenhandel bleibt im Umfeld der schwachen Weltwirtschaft ebenfalls ausgebremst. Dieses schlechte makroökonomische Umfeld wird vorerst den Arbeitsmarkt nur moderat belasten. Die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt 2023 auf gut $5\frac{3}{4}$ Prozent. Mit andauernden Belastungen auf dem gegenwärtigen Niveau sind langfristige Folgewirkungen für die Wirtschaftsstruktur, den Arbeitsmarkt und den damit verbundenen Lebensstandard zu befürchten.

1 Ein düsterer Rahmen

Infolge der düsteren Gemengelage von Krieg und anhaltender Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtert. Vor allem im anstehenden Winterhalbjahr gibt es sowohl auf der Produktionsebene als auch vonseiten der Nachfrage erhebliche Belastungen. Noch immer leiden globale Vorleistungslieferungen unter den pandemiebedingten Verspannungen. Hinzu kommt, dass die Energieversorgung im kommenden Winterhalbjahr für die Unternehmen nicht gesichert ist. Das betrifft nicht nur die einzelnen Unternehmen, sondern auch komplexe Zuliefernetzwerke. Darüber hinaus sorgen die vor allem kriegsbedingten Versorgungsprobleme mit Energie und Rohstoffen für bislang ungekannte Kostenschocks. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Güter lagen zuletzt um fast 50 Prozent über dem Niveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Im Vorjahresvergleich werden mit gut 45 Prozent die höchsten Anstiege seit 1949 verzeichnet. Das sorgt in den Unternehmen für Verunsicherungen und Vorsicht. Hinzu kommt die Gefahr, dass steigende Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und deren Absatzchancen zusätzlich verschlechtern.

Die explodierenden Energiepreise und die hohen Produktionskosten der Unternehmen belasten auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. So zehren die hohen Inflationsraten an der Kaufkraft der privaten Haushalte. Angesichts der unsicheren Wirtschaftsperspektiven halten sich die Unternehmen mit ihren Investitionen zurück. Schließlich betreffen alle diese Lasten nicht nur die Binnenkonjunktur. Die Weltwirtschaft verliert an Schwung und dies setzt dem deutschen Exportgeschäft zu.

Für die vorliegende Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) werden folgende politische und ökonomische Rahmenbedingungen gesetzt:

1. Im Winterhalbjahr 2022/2023 wird kein Ende der russischen Invasion in der Ukraine erwartet. Daraus ergeben sich hohe Risiken hinsichtlich einer umfassenden Energieversorgung in Deutschland und anhaltend hohe Energiekosten für die gesamte Volkswirtschaft. Es werden allerdings keine weiteren geopolitischen Konflikte unterstellt.
2. Infolge der anhaltenden Corona-Pandemie sind auch weiterhin keine reibungslosen Produktionsprozesse möglich. Es ist von Stockungen in den internationalen Liefernetzwerken und von Personalengpässen auszugehen. Gleichwohl kommt es nicht zu den umfassenden Lockdown-Maßnahmen wie in den vergangenen beiden Winterhalbjahren.
3. Es wird nicht davon ausgegangen, dass es infolge der geopolitischen Lage und ihrer ökonomischen Konsequenzen zu ernsthaften Problemen an den internationalen Finanzmärkten kommen wird.

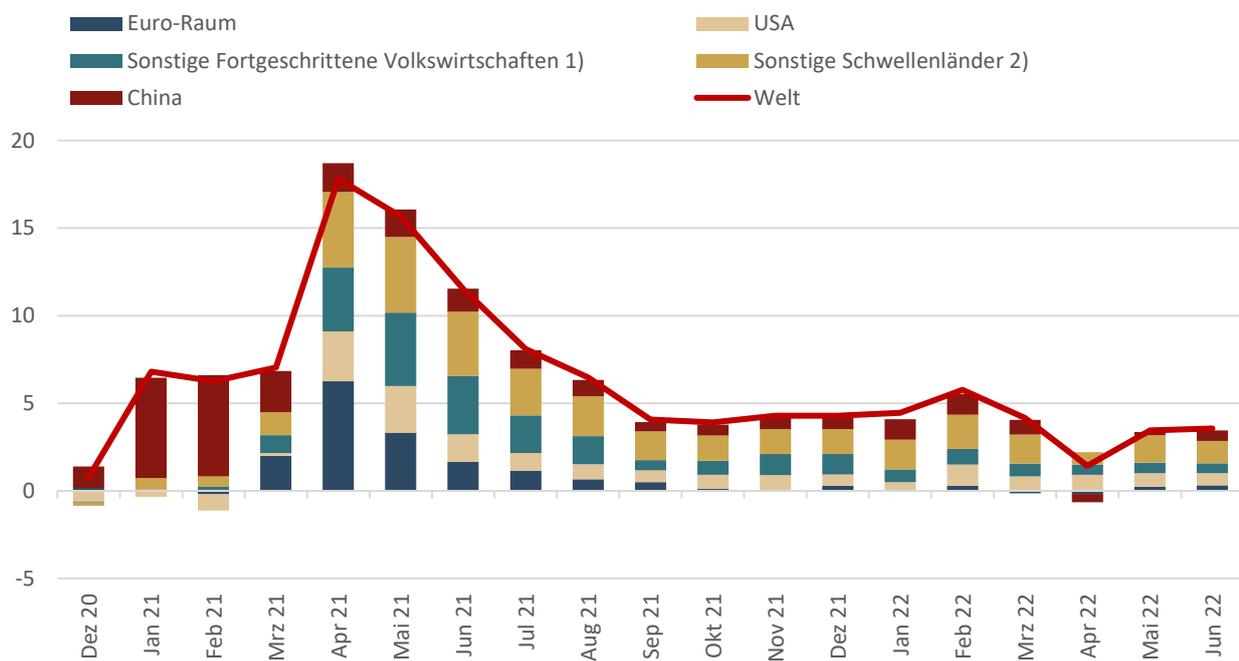
2 Schwache Weltkonjunktur

Die Expansion der Weltwirtschaft ist unter dem Einfluss hoher Energiekosten, bestehender Lieferengpässe und großer geopolitischer Unsicherheiten im Frühjahr 2022 zum Stillstand gekommen (Abbildung 2-1). So ist die Wachstumsrate der globalen Industrieproduktion von 5,8 Prozent im Februar 2022 infolge der russischen Invasion in der Ukraine deutlich auf 1,4 Prozent im April 2022 gesunken. Vor allem eine nachlassende Wachstumsdynamik in China und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sorgte für eine Verlangsamung des globalen Wachstums. China trug erstmals negativ zur weltweiten Industrieproduktion im April 2022 bei, nachdem es im ersten Halbjahr 2021 noch für eine deutliche Wachstumsdynamik sorgte. Gleichwohl

expandierte die Produktion in südostasiatischen Ländern wie etwa in Indonesien. Auch in Lateinamerika legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu. Somit trugen die Schwellenländer insgesamt positiv zur Weltproduktion in der ersten Jahreshälfte 2022 bei. Zuletzt lag diese im Juni 2022 noch 3,6 Prozent über dem Vorjahresmonat. Der Druck auf die globalen Lieferketten geht trotz des Ukraine-Kriegs langsam zurück. Die Staus vor den chinesischen Häfen haben abgenommen. An der Westküste der USA hat sich die Situation weitestgehend normalisiert.

Abbildung 2-1: Wachstumsprofil der Weltwirtschaft

Beiträge der Länder und Regionen zum Wachstum der globalen Industrieproduktion (jeweils gegenüber Vorjahresmonat) in Prozentpunkten



1) Asiatische Industrieländer, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich (ohne Euro-Raum und USA). 2) Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, Indien, Russland und Türkei (ohne China).

Quellen: CPB; Institut der deutschen Wirtschaft

In **China** bremsen die strikte Null-Covid-Politik und anhaltende Probleme im Immobiliensektor die wirtschaftliche Aktivität. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2022 deutlich um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Der weiterhin schlecht laufende Immobilienmarkt, steigende Konsumentenpreise und Energieknappheiten bei der Elektrizitätsproduktion bremsen die Binnenkonjunktur. Abwärtsrisiken ergeben sich durch die Zunahme des militärischen Drucks auf Taiwan, das eine große Rolle für die internationalen Lieferketten spielt.

Die **USA** befinden sich seit Beginn 2022 in einer technischen Rezession – das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP ging in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen jeweils gegenüber dem Vorquartal zurück. Bei der Einschätzung der weiteren konjunkturellen Entwicklung in den USA gehen die Prognosen stark auseinander. Der Grund hierfür sind sehr unterschiedliche Signale der amerikanischen Wirtschaft. Einerseits gehen seit Anfang des Jahres die Lagerinvestitionen stark zurück. Andererseits haben der private Konsum und die Beschäftigung weiter zugenommen.

Die Wirtschaft im **Euroraum** hat sich im ersten Halbjahr 2022 besser entwickelt als erwartet. Die von der Rücknahme der Corona-Restriktionen ausgehenden Impulse für die wirtschaftliche Aktivität als auch der Auftrieb bei der Investitionstätigkeit überwogen die Bremsfaktoren infolge der hohen Inflationsraten. Der Energiepreisschock wirkt aber im Vergleich zu den USA oder China strukturell stärker in Europa, da er die Wettbewerbsposition der Unternehmen gefährdet. Die zunehmend restriktive Geldpolitik in den entwickelten Volkswirtschaften verschlechtert die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte. Zusammen mit weiterhin hohen Inflationsraten führt dies zu einem symmetrischen Schock bei den Investitionen und dem privaten Konsum. All dies bremst in vielen Ländern die gesamtwirtschaftliche Nachfrage empfindlich ab.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Aussichten für die Weltkonjunktur für das zweite Halbjahr 2022 und für das Jahr 2023 weiter eingetrübt. Für das Wachstum der **Weltwirtschaft** wird für das Jahr 2022 statt bislang 3 ½ Prozent nur noch ein Zuwachs in Höhe von 2 ¾ Prozent und für das nächste Jahr nur noch 2 Prozent statt 3 ¼ Prozent erwartet.

3 Energieschock bedroht Wettbewerbsfähigkeit

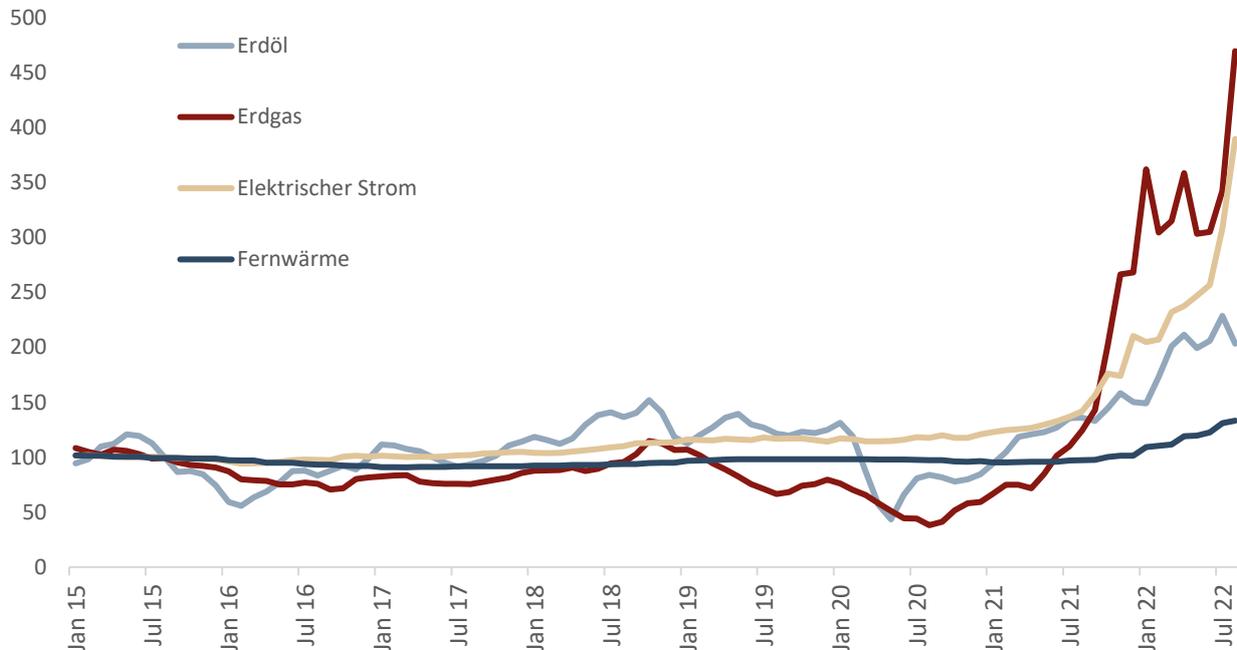
Schon vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind die Energiepreise gestiegen. Besonders bei Erdgas kamen schon im zweiten Halbjahr 2021 einige preistreibende Faktoren zusammen: Die Konjunkturerholung nach der Corona-Krise und die damit einhergehende steigende Nachfrage trafen auf bereits stagnierende Lieferungen aus Russland und unterdurchschnittlich gefüllte Gasspeicher in Deutschland. Infolge der russischen Invasion und der folgenden Sanktionen seitens des Westens sind die Preise für Öl und Steinkohle ebenfalls in die Höhe geschneit (Abbildung 3-1). Spätestens seit Russland die Gaslieferungen in Richtung Westen reduziert hat, droht neben der extremen Verteuerung von Erdgas eine Gasmangellage im kommenden Winterhalbjahr. Da davon auszugehen ist, dass auf absehbare Zeit kein russisches Gas mehr nach Deutschland fließt, fehlt im Vergleich zu 2020 mehr als die Hälfte der Erdgaseinfuhren. Nach Modellrechnungen der Bundesnetzagentur kann eine Gasmangellage nur dann vermieden werden, wenn der Gasverbrauch hierzulande um 20 Prozent reduziert wird und zudem die Gasexporte, also die von Deutschland nur durchgeleiteten Mengen, deutlich zurückgehen. Schon in den letzten Monaten fielen die Exporte um etwa 20 Prozent geringer aus als im vergangenen Jahr. Damit die Speicher nicht leerlaufen, müssen entweder die nicht russischen Gasimporte (z. B. aus Norwegen) um mindestens 10 Gigawatt (GW) gesteigert werden oder die Exporte weiter (im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent) zurückgehen. Den Szenarioberechnungen der Bundesnetzagentur liegt bereits die Annahme zugrunde, dass zum Jahreswechsel 2022/2023 LNG-Kapazitäten in der Nordsee zur Verfügung stehen. Zudem wird ein Winter mit durchschnittlichen Temperaturen unterstellt.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bei geringerer Anpassung des inländischen Gasverbrauchs und der Weiterleitungen schon im Dezember 2022 Engpässe drohen, die sich bei Verzögerungen beim Anschluss der schwimmenden LNG-Terminals noch deutlich ausweiten können. Ein harter Winter würde die Mangellage zusätzlich verstärken. Inwieweit die Haushalte tatsächlich ihren Verbrauch gegenüber den Vorjahren einschränken, wird sich erst in der Heizperiode zeigen. Die deutsche Industrie hat ihren Gasverbrauch in den letzten Monaten bereits um mehr als 20 Prozent reduziert, zum Teil allerdings auch durch Produktionsausfälle. Schon aufgrund der hohen Preise für Gas und zuletzt auch für Strom konnten energieintensive Unternehmen teilweise nicht mehr kostendeckend produzieren. Im Fall der aufgrund der hohen Gaspreise

beispielsweise gedrosselten Düngemittelproduktion werden auch Nebenprodukte wie Kohlendioxid in anderen Branchen wie der Nahrungsmittelindustrie knapp.

Abbildung 3-1: Entwicklung der Energiepreise für die Industrie

Energiepreise gemäß Erzeugerpreisindex für Deutschland; Index Jahresdurchschnitt 2015 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Die anhaltend hohen Preise, die neben Energie auch andere Rohstoffe und Vorleistungen betreffen, bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen massiv. Dies ist besonders in den industriellen Branchen mit starker Konkurrenz im Ausland der Fall. Die Preisdifferenz zu außereuropäischen Ländern hat sich bei Gas zuletzt vervielfacht. Können deutsche Grundstoffproduzenten nicht mehr verlässlich liefern, führt dies auch in den nachgelagerten Wertschöpfungsketten zu Engpässen und Ausfällen. Wenn sich daraufhin neue Produktions- und Lieferstrukturen im internationalen Rahmen bilden, drohen deutschen Unternehmen selbst bei einer möglichen Entspannung dauerhafte Absatzverluste.

4 Trendwende bei der Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) folgt der US-Notenbank und beginnt die Einleitung einer restriktiven Geldpolitik. Vor allem in den USA müssen die durch die Fiskalpolitik überhitzte Konjunktur und der Arbeitsmarkt abkühlen, um die sehr hohen Inflationsraten zu senken. Im Gegensatz zur Inflation in den USA ist diese im Euroraum auf angebotsseitige Faktoren, wie Lieferengpässe und steigende Energiepreise, zurückzuführen. Dies stellt für die Geldpolitik eine größere Herausforderung dar. In Europa sind Konjunktur und Arbeitsmärkte nicht überhitzt. Vielmehr befinden sich viele europäische Volkswirtschaften in einer schlechten konjunkturellen Lage.

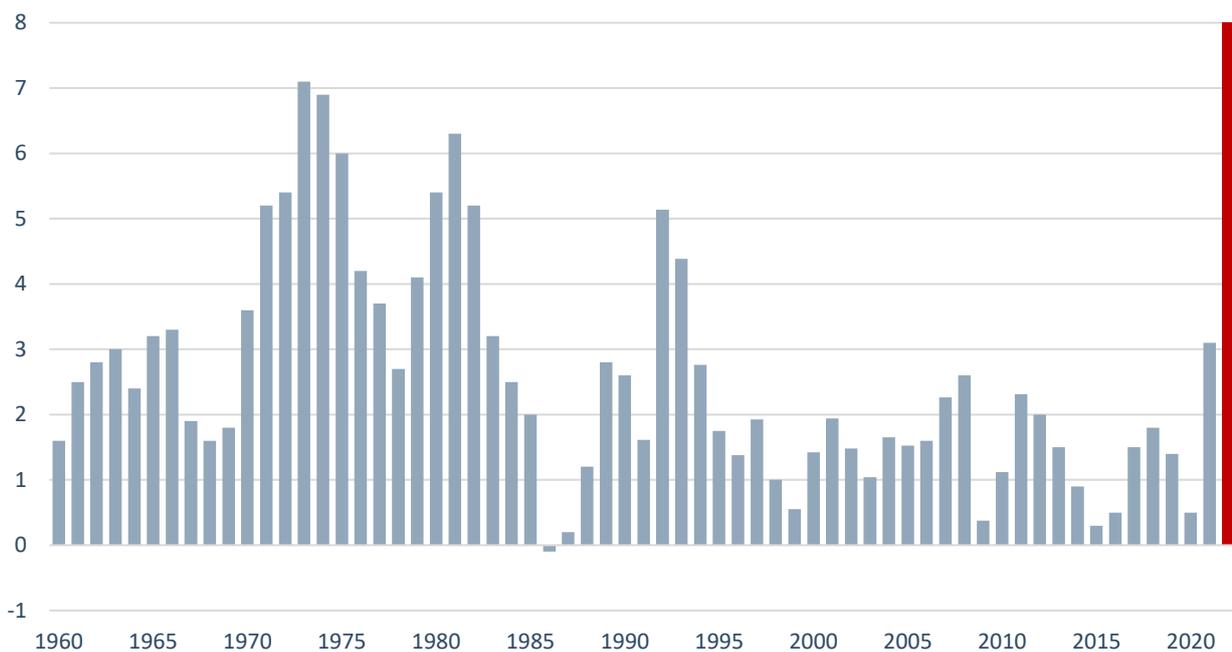
Die Banken wurden von den ungewöhnlich hohen Zinsschritten am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve überrascht und sie werden ihre nun steigenden Finanzierungskosten nach und nach an ihre Kunden weitergeben.

Unternehmen, die aufgrund von gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen eine höhere Nachfrage nach Liquidität haben, werden sich nun höheren Finanzierungskosten und möglicherweise auch Finanzierungsgpässen gegenübersehen.

Da die gestiegenen Kosten für Energie erst nach und nach an die Endkunden überwältzt werden können, werden viele Unternehmen und Haushalte im kommenden Jahr mit noch höheren Energiekosten rechnen müssen. Zudem werden die Unternehmen, die bereits höhere Produktionskosten zu verzeichnen haben, die Preise für ihre Kunden erhöhen müssen, weshalb der Preisdruck auch im kommenden Jahr noch hoch sein wird. Notwendige staatliche Ausgaben, zum Beispiel in Sicherheitstechnik oder Infrastruktur, werden zur bestehenden Material- und Rohstoffknappheit beitragen und können auch im kommenden Jahr die Preise hochhalten. Vor diesem Hintergrund sind für das Jahr 2023 Inflationsraten von deutlich über 5 Prozent für Deutschland zu erwarten und sie werden weitere geldpolitisch motivierte Zinsschritte nach sich ziehen. Für das laufende Jahr wird von einer Inflationsrate in Höhe von rund 8 Prozent für Deutschland ausgegangen. Abbildung 4-1 ordnet die prognostizierte Inflationsrate für 2022 in den langfristigen Kontext ein – dabei beziehen sich die Inflationsraten vor 1991 auf Westdeutschland.

Abbildung 4-1: Inflationsraten in Deutschland im historischen Kontext

Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr in Prozent



1960 bis 1990: Westdeutschland, ab 1991 Deutschland. 2022: IW-Prognose.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

5 Breit angelegter Nachfrageschock

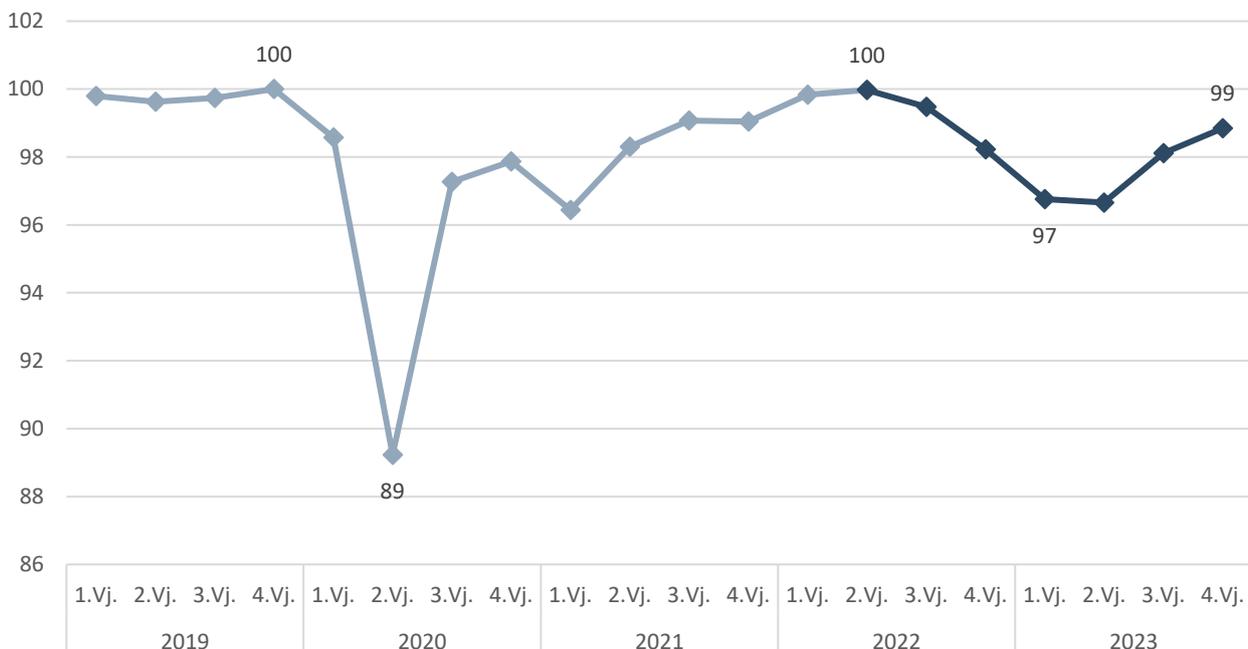
Vor dem Hintergrund der aufgezeigten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen wird das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP in Deutschland beginnend mit dem dritten Quartal 2022 über vier Quartale hinweg rückläufig sein (Abbildung 5-1). Erst im dritten Quartal 2023 ist mit einem Anstieg zu rechnen, der sich im Jahresverlauf 2023 verstärkt. Dabei wird unterstellt, dass sich die vielfältigen Versorgungs-

probleme allmählich zurückbilden und die damit einhergehenden negativen Preiseffekte beginnen nachzulassen. Das reale BIP wird im Jahresdurchschnitt 2022 um knapp 1 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Das ergibt sich zum einen aus dem Überhang (0,8 Prozentpunkte) aus dem Vorjahr und zum anderen aus dem guten Start in das Jahr 2022. Somit wurde in der ersten Jahreshälfte 2022 die entsprechende Vorjahresleistung noch um 2,8 Prozent übertroffen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird ein Rückgang des realen BIP um 1 ¾ Prozent erwartet. Das reflektiert in erster Linie das kommende schlechte Winterhalbjahr.

Die insgesamt schlechte wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum resultiert aus einer breit angelegten Abkühlung. Diese betrifft zum einen den Großteil der Wirtschaftsbereiche – und darunter besonders die Industrie und konsumnahen Dienstleister. Zum anderen werden alle Nachfrageaggregate in Mitleidenschaft gezogen.

Abbildung 5-1: Konjunkturverlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 4. Quartal 2019 = 100



IW-Prognose für das zweite Halbjahr 2022 und für 2023. Arbeitstageeffekte im Jahr 2022 von –0,1 Prozent und 2023 von –0,2 Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** übertreffen zwar im Jahresdurchschnitt 2022 ihr Vorjahresniveau um rund 3 Prozent. Das speist sich jedoch vollständig aus der guten Bilanz für das erste Halbjahr, als der reale private Konsum um 8 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lag. Dies spiegelt auch die schlechte Vergleichsbasis vom ersten Halbjahr 2021 wider, das stark von den coronabedingten Einschränkungen geprägt war. Im zweiten Halbjahr 2022 machen sich jedoch die hohen Kaufkraftverluste infolge der stark ansteigenden Verbraucher- und Energiepreise bemerkbar. Dies prägt auch über weite Teile den Konsum im kommenden Jahr. Die realen Konsumausgaben werden 2023 um rund 2 ¼ Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Die in Anbetracht der hohen Inflationsraten geringer erscheinenden Konsumeinbußen ergeben

sich aus einem markanten Rückgang der Spartätigkeit, wobei auch in beachtlichem Ausmaß auf die Sparpolster zurückgegriffen wird, die während der Corona-Pandemie aufgebaut wurden.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** kommen im Prognosezeitraum nur wenig von der Stelle. In den Jahren 2022 und 2023 werden die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen jeweils nur um rund 1 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Damit wird die infolge der Pandemie entstandene Investitionslücke bis zum Jahresende 2023 nicht geschlossen werden. Die Verunsicherungen infolge der geopolitischen Lage und ihrer Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, aber auch die in den Unternehmen eingeschränkten Produktionsprozesse und die Lieferproblematik bei Investitionsgütern erklären die dann insgesamt über vier Jahre anhaltende Investitionsschwäche in Deutschland.

Bei den **Bauinvestitionen** schlagen sich zum einen erhebliche Produktionsprobleme nieder. Diese resultieren aus Personalengpässen und aus Materialknappheiten. Hinzu kommen die immensen Steigerungen von Energiekosten und Materialpreisen. Diese Preiseffekte beeinträchtigen zunehmend auch die Baunachfrage, die zudem unter den ansteigenden Finanzierungskosten leidet. Für das Jahr 2022 wird deshalb ein Rückgang der realen Bauinvestitionen in Höhe von gut 2 Prozent erwartet. Im kommenden Jahr gehen sie nochmals um knapp 1 ½ Prozent zurück. Die Rückgänge betreffen alle Bausparten (Wohnungsbau, Gewerbebau und Bauinvestitionen des Staates). Damit wird der seit 2016 anhaltende Bauboom jäh unterbrochen.

Beim deutschen **Außenhandel** zeigt sich mit Blick auf das Jahr 2022 zunächst ein geteiltes Bild: Während die Exporte im Verlauf des ersten Halbjahres mehr oder weniger auf der Stelle traten, konnten die Importe deutlich zunehmen. Die Exporte litten zum einen unter den schlechteren Geschäften mit China und zum anderen infolge der sich insgesamt abkühlenden Weltkonjunktur. Dagegen wurden die Einfuhren durch höhere Vorleistungskäufe und durch die Belebung beim Dienstleistungsimport (z. B. Reiseausgaben) stimuliert. Im Prognosezeitraum ist zunächst keine merkliche Erholung bei den Exporten zu erwarten. Diese setzt erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 ein. Nach einem Plus in Höhe von 1 ¼ Prozent im Jahr 2022 werden die realen Ausfuhren im kommenden Jahr um 1 ¼ Prozent zulegen. Bei den Importen macht sich die deutlich nachlassende Binnenkonjunktur bremsend bemerkbar. Nach 4 ½ Prozent in diesem Jahr wird für 2023 ein Zuwachs von 1 Prozent erwartet.

6 Noch hält der Arbeitsmarkt

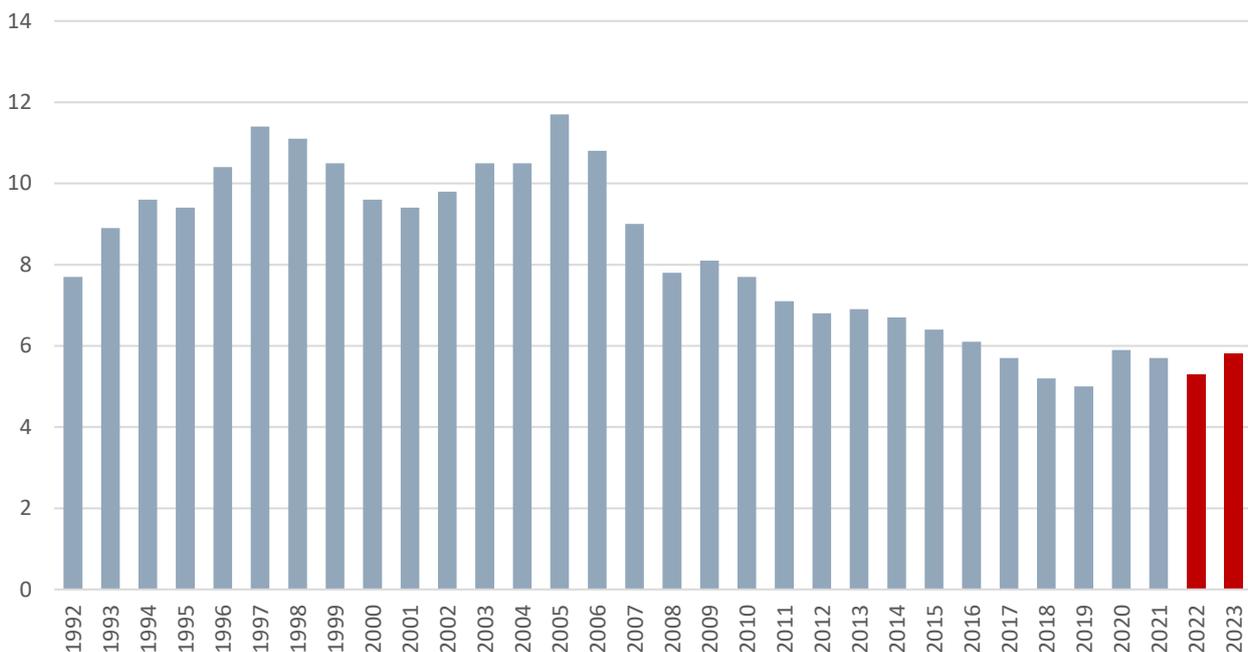
Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich zur Jahresmitte 2022 in robuster Verfassung. Die saisonbereinigte Anzahl der Erwerbstätigen lag im Juni 2022 um 1,4 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 2021 und konnte damit gegenüber dem Jahresbeginn 2022 weiter zulegen. Die Arbeitslosigkeit ist zwar leicht erhöht, aber dies ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in den Rechtskreis SGB II eingetreten sind und somit als arbeitslos erfasst werden. Ohne diesen Sondereffekt würde die Arbeitslosenzahl weiter sinken. Bis sich die Konjunkturschwäche spürbar in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen niederschlägt, wird es mindestens bis zum nächsten Jahr dauern. Im laufenden Jahr profitiert die Erwerbstätigkeit noch in starkem Maß von einem expansiven ersten Halbjahr.

Im ersten Halbjahr des kommenden Jahres wird sich die Arbeitskräftenachfrage dagegen abschwächen. Es ist dennoch zunächst nicht mit einer sinkenden Erwerbstätigkeit zu rechnen, sondern mit einer Seitwärtsbewegung. Stattdessen ist ein Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit zu erwarten, wozu eine wieder

erhöhte Inanspruchnahme von Kurzarbeit ebenso beiträgt wie ein nennenswerter kalenderbedingter Rückgang der Anzahl der Arbeitstage. Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr leicht zunehmen, allerdings fällt der Anstieg verhalten aus und dürfte kaum nennenswert über dem Rückgang aus diesem Jahr liegen. Für das Jahr 2022 wird mit einer Arbeitslosenquote in Deutschland in Höhe von gut 5 ¼ Prozent gerechnet. Für das kommende Jahr ist eine Quote von 5 ⅓ Prozent zu erwarten. Im langfristigen Vergleich bleibt das Ausmaß der Arbeitslosigkeit trotz des schlechten makroökonomischen Umfelds noch niedrig (Abbildung 6-1).

Abbildung 6-1: Arbeitslosigkeit in Deutschland im historischen Kontext

Arbeitslosenquote in Prozent



2022 und 2023: IW-Prognose.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft

7 Krieg treibt Staatshaushalt ins Defizit

Die Energiepreiskrise setzt auch den Staat unter Handlungsdruck. Auf die starken Preissteigerungen besonders bei Gas, aber auch bei Öl und Strom hat die Politik in Deutschland in diesem Jahr bereits mit drei Entlastungspaketen reagiert. Dabei standen Direktzahlungen an Privathaushalte im Mittelpunkt. Gleichzeitig kam es zu temporären Steuersenkungen, zum Beispiel wurde die Energiesteuer auf Kraftstoffe von Juni bis August 2022 auf das europäische Mindestmaß gesenkt. Die Mehrwertsteuer auf Gas soll ab Oktober dieses Jahres (befristet bis zum 31. März 2024) vom regulären Satz von 19 Prozent auf den ermäßigten Satz von 7 Prozent gesenkt werden. Laut Rechnung der Bundesregierung summieren sich die Entlastungen auf rund 95 Milliarden Euro. Darin enthalten ist jedoch beispielsweise auch der Ausgleich der kalten Progression, der lediglich eine Steuererhöhung verhindert und keine reale Entlastung darstellt, sowie die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, die inflationsbedingt geboten sind, um die Beträge nicht zu entwerten. Zudem bezieht sich die Summe von 95 Milliarden Euro auf mehrere Jahre.

Noch nicht bepreist sind dabei Ideen für eine Strompreisbremse oder einen Gasdeckel. Zudem sind weitere Unterstützungsleistungen des Staates absehbar. Vor allem mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Das Niveau bei den Staatsausgaben bleibt damit hoch. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Zeiten der Nullzinsen offenbar vorbei sind, sodass die Zinsausgaben in den öffentlichen Haushalten wieder an Bedeutung gewinnen.

Die Steuereinnahmen haben sich zwar nach den pandemiebedingten Lockdowns erholt, die voraussichtliche Rezession wird jedoch das Plus bei den Einnahmen reduzieren. Aufgrund der hohen Inflationsraten werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr gleichwohl steigen. Diese nominale Betrachtung verkennt jedoch den Druck, unter dem der Staat steht. Von daher ist es derzeit offen, ob die Schuldenbremse im kommenden Jahr regulär greift oder ob ein erneutes Aussetzen der regulären Grenzen erforderlich sein wird. Dann wären die Regelgrenzen der Schuldenbremse zum vierten Mal in Folge ausgesetzt.

Ein negativer Finanzierungssaldo ist in jedem Fall zu erwarten. Die Höhe wird sich voraussichtlich in diesem und im kommenden Jahr auf bis zu –3 Prozent des nominalen BIP belaufen. Allerdings steigt in der Folge die Schuldenstandsquote – wenn überhaupt – nur unmerklich, da die hohe Inflationsrate über ihren Effekt auf das nominale BIP einem Anstieg entgegenwirkt. Die Marke von 70 Prozent als Anteil des staatlichen Schuldenstands am nominalen BIP wird voraussichtlich weiterhin unterboten. Zum Jahresende 2021 betrug die Schuldenstandsquote 68,7 Prozent.

8 Gefahr disruptiver Umkippeffekte

Der wirtschaftliche Rahmen für die deutsche Volkswirtschaft ist mit hohen und schwer kalkulierbaren Risiken behaftet. Neben den immens angestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen besteht die reelle Gefahr, dass es im anstehenden Winterhalbjahr zu Einschränkungen bei der Energieversorgung kommen kann. Das stellt vor allem die Unternehmen vor unbekannte und bislang nicht denkbare Anpassungslasten und Herausforderungen. Hinzu kommen noch pandemiebedingte Einschränkungen. Produktions- und Geschäftsstörungen, etwa aufgrund fehlenden Personals, sind auch aus diesem Grund vorerst nicht auszuschließen. Aus der Kombination dieser beiden Schocks entsteht ein schwer abschätzbares Wirtschaftsumfeld. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass sich die angespannte geopolitische Lage nicht weiter verschärft. Vielmehr werden nachlassende ökonomische Belastungen für den Jahresverlauf 2023 erwartet. Das gilt sowohl für die Produktions- und Zulieferstörungen als auch für die hohen Produktions- und Verbraucherpreise. Die negativen Auswirkungen der beschriebenen Angebots- und Nachfrageschocks lassen im Zeitverlauf nach. Dennoch gibt es keine Rückkehr zu alten Preisrelationen, besonders die Kosten der Gasversorgung werden in Europa dauerhaft höher bleiben als vor der Krise und damit die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Vergleich spürbar verschlechtern. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Organisation gasintensiver Wertschöpfungsketten.

Je schneller es trotz des krisenhaften geopolitischen Umfelds gelingt, die Versorgungsrisiken zu reduzieren und Preisspitzen für Strom und Gas abzubauen, umso schneller können positive Erwartungseffekte wirken und Gefahren weiterer Ansteckungseffekte – etwa Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten – reduziert werden. Mit andauernden Belastungen auf dem gegenwärtigen Niveau sind aber langfristige Folgewirkungen für die Wirtschaftsstruktur und den damit verbundenen Lebensstandard zu erwarten. Bei Produktionsstörungen in zentralen Bereichen des industriellen Gefüges ist die Gefahr von Umkippeffekten nicht

auszuschließen. Ausfallende Koppelprodukte können weitere Wertschöpfungsketten stilllegen, ohne dass dies durch Preiseffekte ausgeglichen werden kann. Abrupte Unterbrechungen von komplexen Produktionsprozessen und Zuliefernetzwerken können diese dauerhaft beeinträchtigen und damit Strukturbrüche auslösen, welche die industrielle Produktion am Standort Deutschland nachhaltig schädigen und eine De-Industrialisierung einleiten. Dies wirkt über vielfältige Verbundeffekte auch in den unternehmensnahen Dienstleistungssektor hinein. Entstehen im Gefolge eines derart disruptiven Strukturwandels keine neuen Geschäftsmodelle, dann drohen persistente Anpassungslasten am Arbeitsmarkt mit der Gefahr anhaltender struktureller Arbeitslosigkeit.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Wachstumsprofil der Weltwirtschaft	6
Abbildung 3-1: Entwicklung der Energiepreise für die Industrie.....	8
Abbildung 4-1: Inflationsraten in Deutschland im historischen Kontext	9
Abbildung 5-1: Konjunkturverlauf in Deutschland	10
Abbildung 6-1: Arbeitslosigkeit in Deutschland im historischen Kontext	12

Abstract

Slump in Germany – The IW Economic Forecast Autumn 2022

Shocks on both the supply and the demand sides have pushed the German economy into a broad-based recession. No end to the Russian invasion of Ukraine is currently in sight, leaving Germany with considerably reduced chances of maintaining full energy supply and its entire economy with high energy costs. At the same time, tensions caused by the Covid19 pandemic are straining global supply networks. Companies' competitiveness and sales opportunities threaten to deteriorate further as a result of rising labour costs. High inflation rates are eroding the purchasing power of private households. Faced with this uncertain economic outlook, companies are reluctant to invest. As the global economy loses momentum, German exports are coming under pressure, contributing to a reduction in demand felt across the whole economy.

Taking all these factors into account, Germany's average real gross domestic product for 2022 can be expected to be by slightly less than 1 ¼ per cent higher than last year's. From the third quarter of 2022, however, economic output will decline, and no further rise is expected until the third quarter of 2023. However, if the various problems currently affecting supply gradually recede and their detrimental effect on prices subsides, this recovery will gain momentum in the course of next year. The overall inflation rate will be around 8 per cent for 2022 and is predicted to exceed 5 per cent in the coming year. Annual average real GDP in 2023 is expected to decline by 1 ¾ per cent. Real private consumer spending is forecast to fall by 2 ¼ per cent. With investment in construction expected to be negative both this year and next and investment in equipment likely to remain largely static, the investment gap created by the pandemic will not be closed by the end of 2023. Equally, foreign trade will be held back by the weakness of the global economy. This poor macroeconomic climate will initially have only a moderate impact on the labour market, however, with the average unemployment rate in 2023 increasing to just over 5 ¾ per cent. If economic constraints continue at the current level, long-term consequences for the structure of the economy, the labour market and thus also Germany's standard of living are a real possibility.